

## PRESSEMITTEILUNG

18. Dezember 2008

### **Bordell-Affäre: CDU schiebt Sondersitzung ins nächste Jahr**

In der Diskussion über ein geplantes Bordell in der Angerburger Straße gibt es ein neues Kapitel:

Der Regionalausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek für das Kerngebiet hat am Mittwoch einen Antrag der CDU und SPD beschlossen, das Planrecht für den Friedrich-Ebert-Damm und Umgebung so zu ändern, dass die Ansiedelung von Bordellen verboten wird. Dieser Beschluss muss allerdings in der Sondersitzung der Bezirksversammlung am 5. Januar bestätigt werden. Im November war dieser Antrag mit der Mehrheit von CDU und FDP noch abgelehnt worden.

Die SPD-Fraktion beantragte am Montag für den 22. oder 23. Dezember eine Sondersitzung der Bezirksversammlung zu diesem Thema. Doch der Vorsitzende der Bezirksversammlung Michael Bruhns (CDU) hat die Sitzung jetzt erst auf den 5. Januar gelegt. „Eine klare Missachtung des Minderheitenrechts der SPD-Fraktion. So lässt die CDU die besorgten Bürgerinnen und Bürger jetzt über Weihnachten mit der Frage alleine, wie es mit der Ansiedlung des Bordells weitergeht“, findet der Fraktionsvorsitzende Thomas Ritzenhoff.

In einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt sagte Wandsbeks Bezirksamtsleiterin, es sei nicht maßgeblich, wie sie selber zur Ansiedlung von Bordellbetrieben am Friedrich-Ebert-Damm steht und die Verwaltung hätte nichts dagegen unternehmen können.

Dazu Rainer Schünemann, Regionalsprecher der SPD-Fraktion: „Es ist traurig, wenn sich die Bezirksamtsleiterin für ihren Bezirk offensichtlich nicht verantwortlich fühlt und sich hinter dem Baurecht versteckt. Sie hat tatenlos zugesehen, wie mit Hilfe eines Spitzenbeamten der Baubehörde, der die Seite ins Rotlichtmilieu gewechselt hat, im Herzen Wandsbeks ein Bordellviertel entsteht. Das hätte man von Anfang an mit einer Änderung des Bebauungsplans verhindern müssen. Dazu wäre die Verwaltung auch ohne die Politik in der Lage gewesen. Stattdessen wurde das wahre Ausmaß des Bordells in der Angerburger Straße verheimlicht und ein Vorbescheid erteilt. Jetzt ist das Kind womöglich schon in den Brunnen gefallen und dem Zuzug weiterer Puffs sind Tür und Tor geöffnet.“

Auch die ersten besorgten Firmen melden sich schon bei der Bezirksfraktion und fragen, wie die weitere Entwicklung sein wird, z.B. weil sie Sorge um die Vermietbarkeit ihrer Immobilien haben.

Für Rückfragen: Thomas Ritzenhoff, 0170- 8178378